

## SPD-Landtagsfraktion lädt Mietervertreter zum wohnungspolitischen Gespräch ein

**München** - Unter dem Motto „Hände weg vom sozialen Mietrecht!“ diskutierten auf Einladung der SPD-Landtagsfraktion Alfred Poll, Vorsitzender des Deutschen Mieterbundes – Landesverband Bayern, und Beatrix Zurek, Vorsitzende des Mietervereins München, in Begleitung der neuen Geschäftsführerin des Vereins, Beate Marschall, mit dem Vorsitzenden des Fraktionsarbeitskreises „Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz“, MdL Franz Schindler, und dem wohnungspolitischen Sprecher der Fraktion, MdL Ludwig Wörner, Mitte September im Maximilianeum über aktuelle Mietrechts- und wohnungspolitische Fragen.



**MdL Franz Schindler, Beate Marschall, Alfred Poll, Beatrix Zurek und MdL Ludwig Wörner (v. l.)**

### Soziales Mietrecht muss bleiben

Einig waren sich die Vertreter der SPD-Fraktion und der bayrischen Mieterbewegung in der Ablehnung von Mietrechtsänderungen zu Lasten der Mieter. Die von Lobbyverbänden der Immobilienwirtschaft geforderten und von der Bundesregierung zwischenzeitlich aufgegriffenen Vorschläge etwa zur Abschaffung des Minderungsrechts bei energetischen Modernisierungen oder die immer wieder diskutierte Angleichung der Kündigungsfristen von Mieter und Vermieter sind mit DMB und SPD nicht zu machen. Stattdessen müsse darüber nachgedacht werden, wie etwa bei Modernisierungen Mieter vor zu hohen Mietsteigerungen geschützt werden könnten. So sei etwa eine Kappungsgrenze auch bei Modernisierungsmieterhöhungen erforderlich. Sowohl Alfred Poll als auch Beatrix Zurek sprachen sich für gesetzliche Regelungen auch im Mieterhöhungsrecht aus, mit denen sich regionale Besonderheiten, wie

zum Beispiel der angespannte Wohnungsmarkt in München, besser berücksichtigen ließen. Ähnlich wie bei der Verlängerung der Sperrfrist für Kündigungen von in Wohnungseigentum umgewandelter Wohnungen wegen Eigenbedarfs oder Hinderung an der angemessenen wirtschaftlichen Verwertung in besonders ausgewiesenen Gebieten mit erhöhtem Wohnbedarf sollten in solchen Gebieten zum Beispiel niedrige Kappungsgrenzen gelten.

### Wohnungsbauförderung Gebot der Stunde

Der wohnungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, MdL Ludwig Wörner, berichtete über den massiven Einbruch beim sozialen Wohnungsbau. Dieser führe dazu, dass preiswerter Wohnraum immer seltener zur Verfügung stünde. Wörner wies darauf hin, dass ab dem Jahr 2013 endgültig keine Bundeszuschüsse mehr in die Wohnungsbauförderung der Länder gezahlt würden. Diese Ausfälle müssten vom Freistaat kompensiert werden, damit die Woh-

nungsbauförderung überhaupt auf dem gegenwärtigen Niveau verbleiben kann. Über die bloße finanzielle Förderung hinaus müssten auch weitere wirtschaftliche Anreize für den Bau neuer Wohnungen geschaffen werden. Hierzu zählt zum Beispiel die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung beim Wohnungsbau.

Die schärferen gesetzlichen Anforderungen an die Energieein-

sparung bei Neubauten und im Wohnungsbestand stellen zwar zusätzliche finanzielle Belastungen für den Wohnungsbau dar, sind aber für den Klimaschutz notwendig und sinnvoll. Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wenn der Staat hierzu Auflagen macht, muss er auch die Mittel bereitstellen, um diese zu erfüllen. Auch aus diesem Grund ist ein Ausbau der Wohnungsbauförderung erforderlich.

Einigkeit herrschte auch darin, dass Neubauförderung nur ein Aspekt eines zu erarbeitenden wohnungspolitischen Gesamtkonzepts sein kann. Ein solches Konzept ist angesichts des demographischen Wandels und der hieraus resultierenden Veränderungen beim Wohnungsbedarf dringend erforderlich. Alfred Poll wies darauf hin, dass der DMB Bayern bereits im Jahr 2003 deshalb einen wohnungspolitischen „runden Tisch“ der Akteure aus Politik und Wohnungswirtschaft in Bayern gefordert und diese Forderung 2010 noch einmal wiederholt hatte. Er begrüßte vor diesem Hintergrund ausdrücklich die von der SPD-Fraktion ausgesprochene Einladung zum Fachgespräch und sprach sich dafür aus, dieses nicht als einmalige Angelegenheit, sondern als Auftakt eines ständigen Dialoges zu sehen. ■

### Mieterverein Dachau Jahreshauptversammlung

Der Mieterverein Dachau lädt seine Mitglieder zur Jahreshauptversammlung ein. Die Versammlung findet am Samstag, den **15. Januar 2011**, um 14.00 Uhr im Schützenheim „Drei Rosen“, Münchner Straße 5, 85221 Dachau, statt.

**DIE TAGESORDNUNG UMFASST FOLGENDE PUNKTE:**

1. Begrüßung;
2. Grußworte;
3. Geschäfts- und Kassenbericht;
4. Bericht der Revisoren;
5. Aussprache über die Berichte;
6. Entlastung des Vorstands;
7. Vorträge: a) „Der tägliche Ärger rund um die Wohnung“ – Referentin: Rechtsanwältin Frauke Odenthal b) „Das Mietrecht im Wandel der Zeit – Wie es vor hundert Jahren war und wie es jetzt ist“ – Referent: Wolfgang Winter;
8. Ehrung von Mitgliedern;
9. Behandlung von Anträgen (siehe dazu § 7, Ziffer 9 unserer Satzung);
10. Verschiedenes und Schlusswort

Der Verein wird Sie, wie in den vergangenen Jahren, mit Kaffee und Kuchen bewirten.

Wolfgang Winter, 1. Vorsitzender  
Frauke Odenthal, Ursula Lamp-Köckert, stellvertretende Vorsitzende

# Mieterverein Lichtenfels: „Wir sind keine Prozesshanseln!“



Ingetraud Betz, Andrea Dennhardt, Thomas Dennhardt, Silvia Drenkard, Horst Fuhrmann, Ingeborg Gößl, Siegfried Gößl, Elisabeth Grau, Wolfgang Haas, Hans Hofmann, Renate Jurczyk, Monika Karg, Heidi Weber, Siegfried Weber und Elvira Utzmann (alphabetisch)

**Lichtenfels** - „Wir sind keine Prozesshanseln. Vielmehr wird im Vorfeld mit unseren fundierten Beratungen auf eine außergerichtliche und gütliche Einigung zwischen den Mietparteien hingearbeitet“, betonte der alte und neue Vorsitzende des Lichtenfelser Mietervereins, Siegfried Weber. Siegfried Weber ist inzwischen eine Institution in der Mieterbewegung. Bei der Generalversammlung im Cafe Raab in Lichtenfels wurde der Vorstand neu gewählt und zahlreiche Mitglieder für ihre langjährige Treue geehrt.

## Mieterverein auf Erfolgskurs

Der Lichtenfelser Mieterverein, so Siegfried Weber, zählt mit seinen 360 Mitgliedern eher zu den kleineren im Bayerischen Landesverband, aber er gehört mit seinen Leistungen zu den absoluten Aktivposten. Der Bayerische Landesverband mit seinem Vorsitzenden Alfred Poll ist der zweitgrößte unter den 15 Landesverbänden. Jährlich werden bundesweit etwa 2,5 Millionen Mietverträge

geschlossen, informierte Siegfried Weber. Die vielfältigen und oft komplizierten Bestimmungen des Mietrechts erfordern kompetente Partner. Die 322 Mietervereine unter dem Dach des deutschen Mieterbundes führen an über 500 Standorten jährlich etwa 1,2 Millionen Rechtsberatungen durch. Rechtsberatungen, führte Siegfried Weber aus, kann der Mieterverein nur an eigene Mitglieder erteilen. Viele Streitigkeiten entstehen zwischen den Mietparteien, weil diese meist nicht ausreichend über ihre Rechte und Pflichten informiert sind. An der Spitze stehen die Nebenkosten, die sogenannte zweite Miete, Kündigungen, Mieterhöhungen sowie Schönheitsreparaturen. Jährlich werden etwa 300.000 Mietrechtsprozesse geführt. Ohne die kompetente Beratung der Mietervereine würden wesentlich mehr Prozesse vor den Gerichten anhängig sein. Der Lichtenfelser Mieterverein führt für seine Mitglieder jeden Monat Beratungen durch, die rege nachgefragt sind. Der Einzugsbereich reicht über die Landkreise Lichtenfels und Kronach. Siegfried

Weber bat eindringlich, um unnötigen und aufwendigen Verwaltungsaufwand zu vermeiden, Änderungen der Anschrift oder der Bankverbindung mitzuteilen. Die Mietrechtsberater, hob Siegfried Weber hervor, werden im Rahmen von Schulungsveranstaltungen des Landesverbandes laufend geschult, damit die anstehenden Probleme fachkundig besprochen werden können. Dabei lobte Siegfried Weber seine ehrenamtlichen Mitstreiter, die mit ihrem Einsatz zum sozialen Frieden beitragen und helfen, hohe

Prozesskosten zu vermeiden. In der heutigen Zeit ist es keine Selbstverständlichkeit, sich ehrenamtlich zu engagieren. Besonders bedankte sich Siegfried Weber bei seinem Stellvertreter Wolfgang Haas, Hans Herbst, dem Revisor Thomas Waas und der „Finanzministerin“ Heidi Weber.

Die Schatzmeisterin Heidi Weber gab den Kassenbericht. Im Kassenprüfungsbericht bescheinigte Thomas Waas der Schatzmeisterin eine hervorragende und übersichtliche Kassenführung. Die gesamte Vorstandschaft wurde entlastet.

## Siegfried Weber im Amt bestätigt

Bei der anschließenden Neuwahl wurde der langjährige Vorsitzende Siegfried Weber für seine Verdienste gewürdigt und wieder einhellig zum ersten Vorsitzenden gewählt. Sein Vertreter bleibt Wolfgang Haas. Als Schatzmeister wurden Heidi Weber und als ihr Vertreter Hans Herbst in ihren Ämtern bestätigt. Schriftführer sind auch künftig Hans Herbst und Peter Zillig.

Zu Beiratsmitgliedern wurden Herbert Beier, Gertrud Bergmann, Willi Büttner, Heinz Gärtner, Elisabeth Grau, Edgar Guthy, Harald Heft, Hans Hofmann, Horst Hollfelder, Dr. Hilmar Kormann, Frank Luger, Julio Marekovic, Jürgen Okrent, Margit Schiele, Eduard Schilling, Norbert Späth und Josef Wagner ernannt.

## „DER VORSTAND HAT DAS WORT“

### Liebe Leserin, lieber Leser,

die Zeiten für Bayerns Mieter und Mieterinnen werden rauer. Zunehmender Wohnungsmangel und steigende Mieten in den Ballungsgebieten werden zur Belastung für immer größere Teile der zur Miete wohnenden Bevölkerung. Dies ist aber offensichtlich kein Thema für die Wohnungspolitik der Bundesregierung. Trumpf sind stattdessen wieder Klientel-Politik und Lobbyisten-Interessen. Anders lassen sich die Pläne für eine völlig unnötige und sozial unausgewogene Mietrechtsänderung nicht erklären. Unter dem Deckmäntelchen der Ökologie wird hier die Axt an die Mieterrechte gelegt. Soziale Politik sieht anders aus!



**Alfred Poll,**  
Vorsitzender des  
Deutschen Mieterbundes – Landesverband Bayern  
**Ihr Alfred Poll**

## Alle Jahre wieder: Wohin mit dem Weihnachtsmüll?

Als Revisoren wurden Thomas Waas, Hans Bergmann, Elvira Utmann, Diana Waas und Horst Fuhrmann gewählt. Mietrechtsberater im Verein sind Siegfried Weber, Wolfgang Haas und Hans Herbst.

Ein weiterer Höhepunkt der Generalversammlung war die Ehrung langjähriger Mitglieder. Für zehn Jahre Zugehörigkeit wurden Hildegard Bauer, Andrea und Thomas Dennhardt, Mirko Donath, Gertrud Elstner-Duetsch, Heidi Engelhard, Marlene und Friedrich Feulner, Katharina und Johann Fischer, Adolf Freitag, Horst Fuhrmann, Ursula Gahn, Regina Göhring, Herbert Grau, Dietmar Güttler, Helga Gutseel, Ute Hillebrand, Hans Hofmann, Jutta und Armin Hofmann, Renate und Helmut Hümmel, Markus Klemens, Brigitte Löffler, Inge und Michael Mieth, Pia und Andreas Morgenroth, Monika Peter, Tino Reise, Margot und Heinrich Schmitt, Eva und Walter Siegel, Zuemrueit und Mahmut Tokgoez ausgezeichnet.

20 Jahre gehören dem Mieterverein Silvia Drenkard, Ingeborg und Siegfried Gößl, Monika Karg, Werner Kolenda, Julio Marekovic, Renate Scharf, Liselotte Schefzik, Peter Titze und Maria Wolny an.

Für 25-jährige Treue wurden Ingetraud Betz, Georg Dusold, Edgar Föhrweiser, Lisabeth Ingrun, Renate Jurczyk, Elise und Siegmund Kauper, Martina Krafft, Margarete Schmidt, Bernhard Schmitt, Marion und Reinhard Scholz, Constanze Schoreck, Gerda Sprotte und Günter Weissbach geehrt.

30 Jahre sind Elisabeth Grau und 35 Jahre Elvira Utmann Mitglieder. Für ein ganz besonderes und seltenes Jubiläum bedankte sich Siegfried Weber bei Helmut Heimlich, der mehr als ein halbes Lebensalter, nämlich bereits 45 Jahre, dem Lichtenfelser Mieterverein verbunden ist.

Alle Jubilare erhielten neben einer Dankesurkunde ein besonderes Präsent vom 1. Vorsitzenden überreicht. Ein gemütliches Beisammensein schloss sich an. ■

Alle Jahre wieder stellt sich nach der Beschaffung dieselbe Frage: Wohin mit allen Verpackungen der Weihnachtsgeschenke? Unmengen von Geschenkpapier, Kartonaugen und Kunststoffverpackungen bleiben unter dem Weihnachtsbaum zurück und müssen entsorgt werden. Schnell quellen dann die Tonnen über, und wer zu spät kommt, entsorgt den Rest vom Weihnachtsfest nicht selten einfach neben der Tonne. Entstehen dann zusätzliche Kosten für die Müllentsorgung, tauchen diese oft in der nächsten Betriebskostenabrechnung auf. Was müssen Mieter in diesem Zusammenhang beachten?

Grundsätzlich gehören Müllgebühren zu den Betriebskosten, die auf den Mieter umgelegt werden können. Voraussetzung ist jedoch eine wirksame Vereinbarung im Mietvertrag. Der Vermieter ist verpflichtet, für eine ausreichende Anzahl an Mülltonnen zu sorgen. Wie viele Mülltonnen notwendig sind, orientiert sich jedoch am durchschnittlichen Bedarf der Mieter. Der Vermieter ist nicht verpflichtet, auch noch dafür zu sorgen, dass genü-

gend Tonnen für den weihnachtlichen Müllberg vorhanden sind. Reichen die an sich in genügender Anzahl vorhandenen Müllgefäße nicht aus, muss der Mieter den verbleibenden Weihnachtsmüll gegebenenfalls nach den Feiertagen selbst und auf eigene Kosten entsorgen.

Sind verschiedene Tonnen für die Mülltrennung vorhanden, darf der Mieter zum Beispiel Papierverpackungen nicht einfach in die Restmülltonne werfen, weil die Altpapier-Tonne bereits voll ist. Dies gilt erst recht für die Lagerung überzähligen Abfalls neben der Tonne zum Beispiel im Keller. Derartige „wilde“ Müllablagerungen können einen Verstoß gegen den Mietvertrag darstellen, der den Vermieter zur Abmahnung und gegebenenfalls zur Beseitigung des Mülls auf Kosten des betreffenden Mieters berechtigt. Allerdings darf der

Vermieter die dabei entstehenden Kosten nicht von vornherein einfach auf alle Mieter im Rahmen der nächsten Betriebskostenabrechnung umlegen. Kann der Müllsünder ermittelt werden, hat er die Kosten für die Beseitigung seines Mülls zu tragen. Aber auch dann, wenn der Müll keinem konkreten Mieter zugeordnet werden kann, sind die Extrakosten für die Müllbeseitigung nicht automatisch auf alle Mieter umlegbar. Erst dann, wenn es regelmäßig und trotz wiederholter Hinweise des Vermieters immer wieder zu wilden Müllentsorgungen kommt und offensichtlich mehrere Mieter daran beteiligt sind, können die Zusatzkosten schließlich doch umgelegt werden. Maßgeblich sind allerdings die Umstände des Einzelfalls.

Sinnvoller ist es jedoch, erst gar keinen zusätzlichen Müll entstehen zu lassen. Der DMB Bayern rät daher, schon beim Kauf, spätestens aber beim Einpacken der Geschenke auf die Vermeidung von Verpackungsmüll zu achten. ■

*Frohe Weihnachten und ein gesundes, glückliches und erfolgreiches Jahr 2011 wünscht der Landesvorstand des DMB Bayern, vertreten durch seinen Vorsitzenden Alfred Poll und dessen Stellvertreter Josef Vilzmann und Helga Haul auch im Namen der übrigen Vorstandschaft allen Mitgliedern und Aktiven in den bayerischen Mietervereinen.*



**Helga Hanl, Geschäftsführerin des Mietervereins Lindau und stellvertretende Landesvorsitzende des DMB Bayern**

### In Lindau fehlen bezahlbare Mietwohnungen

**Lindau** - Auf dem Wohnungsmarkt des beschaulichen Bodenseestädtchens herrscht Sturmwarnung. Anlässlich einer Internet-Meldung, wonach die Mietpreise in Lindau besonders steigen, hörte sich die Lindauer Zeitung Anfang September bei Maklern, aber auch beim Mieterverein Lindau um. Dessen Geschäftsführerin, die stellvertretende DMB-Landesvorsitzende Helga Hanl, konnte hierzu kompetent Auskunft geben.

#### Größere Wohnungen sind Mangelware

Ganz allgemein sei der Lindauer Wohnungsmarkt von einem Mangel an bezahlbarem Wohnraum geprägt, so Helga Hanl. Wenn überhaupt, so gebe es erst ab einem Preisniveau von sechs Euro pro Quadratmeter Angebote. Besonders bedenklich stimmt die Geschäftsführerin des Lindauer Mietervereins, dass selbst die Wohnungsbaugesellschaft GWG Lindau sieben Euro pro Quadratmeter für ihre Wohnungen verlangt.

„Gerade ältere Menschen und Familien mit Kindern sind von der Situation auf dem Lindauer Wohnungsmarkt besonders betroffen“, stellt Helga Hanl fest. Dabei zeige sich auch ein besonderes Phänomen. Normalerweise zögen ältere Mieter aus von ihnen jahrelang bewohnten größeren Wohnungen aus und in kleinere Wohnungen um, wenn ihnen die Bewirtschaftung der größeren Wohnung zu umständlich und zu beschwerlich werde. Diese größeren Wohnungen könnten dann von Familien bezogen werden. In Lindau jedoch scheuten ältere Mieter einen solchen Umzug, weil ihnen die kleineren Wohnungen häufig zu teuer sind. So verhindert das hohe Mietniveau bei den Neuvermietungen ein Freiwerden und verschärft die Situation auf dem Wohnungsmarkt zusätzlich.



**Thomas Weiland, Vorsitzender des Mietervereins Augsburg**

**Augsburg** - Augsburgs Mieten steigen und steigen. Dies spürt auch der Mieterverein Augsburg bei seinem Beratungsangebot, das immer häufiger von Mietern in Anspruch genommen wird, denen eine Mieterhöhung ins Haus geflattert ist.

### Platz drei in den Beratungs-Charts

„Inzwischen belegen Mieterhöhungsberatungen schon Platz drei unserer Beratungsstatistik“, stellt Thomas Weiland, der Vorsitzende des Mietervereins, eine Entwicklung fest, die bereits seit

# Augsburger Mieten steigen spürbar

2005 anhält. Gerade bei Privatvermietern steige die Tendenz, dort, wo die Höhe der ortsüblichen Vergleichsmiete dies zulasse, die Kappungsgrenze von 20 Prozent voll auszuschöpfen. Dies führe dazu, dass in einigen Stadtteilen Augsburgs bereits Durchschnittsmieten von acht Euro pro Quadratmeter gezahlt würden. Auch Wohnungsbau-genossenschaften und städtische Wohnungsbaugesellschaften würden zunehmend an der Mietenschraube drehen, wobei die Steigerungen hier im Schnitt „nur“ zehn bis 15 Prozent betrügen.

Verschärft werde die Situation durch den Rückgang des sozialen Wohnungsbaus, wodurch immer weniger preisgebundene Wohnungen auf dem Wohnungsmarkt zur Verfügung stünden. Die steigenden Mieten werden dabei für immer mehr Mieter zur Belastung. „Zu uns kommen immer häufiger Leute, die klagen, dass sie die erhöhten Mieten nicht mehr zahlen können“, schildert der Mietervereinsvorsitzende die Situation

bei den Beratungen. Stellt sich heraus, dass die Mieterhöhung von Rechts wegen in Ordnung ist, bleibe nur noch der Versuch, einen Kompromiss mit dem Vermieter zu finden. Mitunter sei dabei auch der Hinweis auf vorhandene Wohnungsmängel hilfreich.

### Auch Neuvertragsmieten steigen

Aber auch bei neu vereinbarten Mieten ist eine erhebliche Steigerung festzustellen. So hat der IVD, der Immobilienverband Deutschland, einen Anstieg der Quadratmeter-Kaltmiete in Augsburg von Herbst 2009 bis Frühjahr 2010 bei Erstbezug um sieben Prozent auf zehn Euro pro Quadratmeter ermittelt. Bei Wiederbezug beträgt die Steigerung unabhängig vom Wohnwert jeweils zehn Prozent, nämlich von 4,75 auf 5,15 Euro pro Quadratmeter für Wohnungen mit einfachem Wohnwert bis zu von 6,40 auf 7,15 Euro pro Quadratmeter bei Wohnungen mit gehobenem Wohnwert.

Ursache hierfür ist die steigende Nachfrage auf dem Augsburger Wohnungsmarkt. Diese wird zum Teil auch durch Münchner „Mietflüchtlinge“ hervorgerufen, die den noch höheren Mieten in der Landeshauptstadt durch den Umzug nach Augsburg ausweichen wollen.

Thomas Weiland betrachtet die Entwicklung mit Sorge. Zwar sei die Auswahl bei gebotenen Wohnungen noch groß genug, bezahlbare Angebote für junge Familien würden jedoch knapp und alte gerechte Wohnungen fehlten fast völlig.

### Mieterverein in den Medien

Der Mietenanstieg in Augsburg ist inzwischen auch Thema in den Medien. Sowohl die Augsburger Allgemeine als auch der lokale Fernsehsender augsburg.tv berichteten Mitte September hierüber. Dabei erwies sich der Mieterverein Augsburg mit seinem Vorsitzenden Thomas Weiland erneut als kompetenter und gefragter Ansprechpartner. ■

# Auch in Bayern droht eine „graue“ Wohnungsnot

**Schliersee** - Vor einer „grauen“ Wohnungsnot in Bayerns Städten warnt der Vorsitzende des Deutschen Mieterbundes – Landesverband Bayern, Alfred Poll. Hinter diesem Schlagwort verbergen sich die zunehmenden Schwierigkeiten älterer Menschen, in bestimmten Gemeinden senioren-gerechten Wohnraum zu angemessenen Mieten zu finden. Poll bezieht sich dabei auf Studien des ISP Eduard Pestel Institut für Systemforschung. Dieses hat für verschiedene Städte und Landkreise in Bayern angesichts des zunehmenden Anteils von Senioren an der Bevölkerung einen erheblichen Mehrbedarf an bezahlbaren altengerechten Wohnungen in den kommenden 15 Jahren prognos-

tiziert. So werden im Jahr 2025 zum Beispiel im Landkreis Ebersberg 2.710 Wohnungen, im Landkreis Erding 2.270 Wohnungen, im Landkreis Landsberg 2.450 Wohnungen, im Landkreis Neumarkt 2.800 Wohnungen, im Landkreis Schweinfurt 2.810 Wohnungen und im Landkreis Neu-Ulm sogar 3.860 Wohnungen mehr benötigt.

### Altersarmut droht

Bereits heute geht die Bayerische Staatsregierung davon aus, dass im Jahr 2025 insgesamt 915.000 Wohnungen in Bayern fehlen. Auch ohne spezielle Anforderungen an Wohnraum wird es schon schwer werden, eine geeignete Wohnung zu finden.

Kommen dann noch altersbedingt spezielle Wohnraumanforderungen hinzu, verschärft sich die Situation. Besonders dramatisch wird es aber, wenn aufgrund des sinkenden Rentenniveaus immer mehr Senioren auf besonders preisgünstigen Wohnraum angewiesen sind. „Es steht zu befürchten, dass der Anstieg der Renten deutlich hinter dem Anstieg der Lebenshaltungskosten und insbesondere der Wohnkosten zurückbleibt. Hier droht Altersarmut in großem Umfang“, so der DMB-Landesvorsitzende, der die betroffenen Rentner und Rentnerinnen bereits als die großen Verlierer im künftigen Wettlauf

um angemessenen Wohnraum sieht.

„Die Möglichkeit, trotz altersbedingter Einschränkungen, solange es geht, in den eigenen vier Wänden wohnen bleiben zu können, ist ein Stück Freiheit und Würde, auf das auch all jene Anspruch haben, die sich nicht in schicke Seniorenresidenzen oder teure ‚Betreutes Wohnen‘-Modelle einkaufen können“, erklärt Alfred Poll. Erforderlich ist eine nachhaltige und ausreichende Wohnungsbauförderung, die auch diesen besonderen Wohnungsbedarf berücksichtigt. Nachdem Wohnungsbauförderung Ländersache ist, steht hier der Freistaat Bayern in der Pflicht. ■